Az.:

Sachbearbeiter: Matthias Krug
Telefonnummer: 0641 9390 1920

Beschlussvorlage des Kreisausschusses

Elfte Satzung zur Änderung der Abfallsatzung und der Abfallgebührensatzung des Landkreises Gießen

Beschluss-Antrag:

Der Kreisausschuss beschließt als Beschlussvorlage an den Kreistag:

Der Kreistag beschließt die als Anlage beigefügte elfte Satzung zur Änderung der Abfallsatzung des Landkreises Gießen vom 3. November 2003 und zur Änderung der Abfallgebührensatzung des Landkreises Gießen vom 3. November 2003.

Begründung:

1. Sachverhalt:

Abfallsatzung

In der Abfallsatzung werden Änderungen zur Umsetzung von Vorgaben und zur Konkretisierung von Sachverhalten vorgenommen.

§ 4 Benutzungsrecht

Nach den Vorgaben der Hessischen Eichdirektion sind Verwiegungen von Kleinmengen unter 100 kg Nettogewicht nicht zulässig.

Neben den Pauschalen für die einzelnen Abfallarten, gibt es die Möglichkeit Abfallgemische anzunehmen. Um auch bei der Annahme von Abfallgemischen an den Entsorgungsanlagen des Landkreises Gießen die Verpflichtung des Landkreises zur Abfallverwertung erfüllen zu können, sind die Abfallgemische durch die Anlieferer in die bereit stehenden Behälter getrennt nach Abfallart zu geben.

§ 5 Anschluss- und Benutzungszwang

Um auch bei Wochenendgrundstücken die Möglichkeit der Eigenkompostierung und damit die Abbestellung der Biotonne satzungsrechtlich abzudecken, muss die dazugehörige Regelung definiert werden.

Abfallgebührensatzung

Die Änderungen der Abfallgebührensatzung erfolgen, um einzelne Regelungen anzupassen und zu konkretisieren, z.B. wegen der Einführung der Transponder, Gebühren zu verändern und ebenfalls, um die Vorgaben der Hessischen Eichdirektion umzusetzen.

§1 Gebührenpflicht

Das hessische Kommunalabgabengesetz wurde zum 1. November 2013 dahingehend geändert, dass ab diesem Datum auch grundstücksbezogene Benutzungsgebühren (Müllabfuhrgebühren, Kanalbenutzungsgebühren u.ä.) als öffentliche Lasten gelten und, soweit diese rückständig sind, in einem eventuell folgenden Zwangsversteigerungsverfahren in der Vorrechtsrangklasse 3 des § 10 Abs. 1 ZVG geltend gemacht werden können.

Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass auch die jeweiligen kommunalen Satzungen einen entsprechenden Hinweis auf § 10 Abs. 6 KAG enthalten.

Wie der BGH (Beschluss vom 30. März 2012, V ZB 185/11, KKZ 2013 S. 1) entschieden hat, ruhen kommunale Abgaben trotz einer entsprechenden Ermächtigung im Kommunalabgabengesetz nicht ohne weiteres als öffentliche Last auf dem Grundstück, sondern nur dann, wenn die zugrunde liegende kommunale Satzung sie als grundstücksbezogene Benutzungsgebühr ausgestaltet.

Um die rechtlichen Anforderungen zu erfüllen, damit eine grundstücksbezogene Gebühr letztendlich auch als öffentliche Last anerkannt wird, müssen diese in der Satzung als auf dem Grund ruhende öffentliche Last ausgewiesen werden.

§ 3 Bemessungsgrundlage und Gebühren für die Stadt Gießen

Die ergänzende Definition bezüglich der Bemessungsgrundlage der Grundgebühr für die Stadt Gießen wird aufgenommen, um klar zu stellen, dass bei dem Einwohnerstand alle mit Haupt- und Nebenwohnsitz gemeldeten Personen zugrunde zu legen sind.

§ 4 Benutzungsgebühren für eingesammelte Abfälle nach dem Gefäßmaßstab

Maßgebend für eine zulässige Leerung der Tonnen ist ab 2014 ein gültiger Transponder und nicht mehr die Plakette („Gebührenmarke“).

§ 6 Gefäßumtausch

Bei einer Veränderung im Gefäßbestand wird bisher eine Gebühr von 30,00 EUR erhoben, unabhängig von der Art der Änderung.

Durch die Ausstattung der Abfallbehälter mit Transpondern ist es möglich, Veränderungen im Abfuhrhythmus im EDV-Programm vorzunehmen, ohne dass die mit dem Behältermanagement beauftragte Firma vor Ort tätig werden muss.

Dadurch verringert sich der Aufwand und es kann die Gebühr von 10,00 EUR erhoben werden.

§ 8 Benutzungsgebühren für angelieferte Abfälle

Die Gebühren für die Anlieferungen von Mineralwolle sind anzupassen, da sich die Entsorgungskosten aufgrund eines geänderten Entsorgungsweges deutlich erhöht haben.

Verwiegung von Kleinmengen

Anlässlich der letzten Eichung der Fahrzeugwaage des Abfallwirtschaftszentrums Gießen hat die Hessische Eichdirektion mitgeteilt, dass gemäß Eichgesetz und Eichordnung die Verwiegung von Kleinmengen unter 100 kg (Nettowerte: Bruttowerte abzüglich Tarawerte) auf der Waage des Abfallwirtschaftszentrums Gießen unzulässig ist. Gleiches gilt auch für die Fahrzeugwaage des Kompostwerkes Rabenau. Somit sind gewichtsabhängige Festsetzungen der Anlieferungsgebühren für diese Kleinmengen nicht mehr möglich. Das bedeutet, dass alle Anlieferungen unter 100 kg über Pauschalen abzurechnen sind.

Die Installation und der Betrieb einer zweiten Waage für die Verwiegung der Kleinmengen sind nicht praktikabel.

Die Festsetzung der Pauschalen wurde auf der Grundlage der in der Abfallgebührensatzung festgelegten gewichtsabhängigen Anlieferungsgebühren und der bisher durchschnittlich im Abfallwirtschaftszentrum erhobenen Gebühren der Anlieferungen unter 100 kg ermittelt.

Kostenfreie Kofferraumanlieferungen sind von dieser Regelung nicht betroffen.

2. Finanzielle Auswirkungen/Folgekosten:

Der Gebührenhaushalt für den Bereich Abfallwirtschaft ist ausgeglichen. Die Aufwendungen werden vollständig durch Erträge und Gebühren gedeckt.

Mitzeichnung:

Abfallwirtschaft
(Fachdienst)

Krug
Sachbearbeiter

Wandel
Fachdienstleiterin

Rohrmus
Fachbereichsleiter

Dr. Schmahl
Hauptamtliche Kreisbeigeordnete

Anlage